

Vorlage Nr. I/28/2012  
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

## **Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung; hier: Rechts- und Versicherungsamt**

### **A Problem**

In der *Vereinbarung zur Zusammenarbeit – Koalition – zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der 18. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2011 – 2015* wird die Magistratskanzlei beauftragt, „durch eine möglichst flächendeckende Aufgabenüberprüfung der Verwaltung Einsparpotentiale zu identifizieren und dem Magistrat sowie dem Personal- und Organisationsausschuss regelmäßig hierüber zu berichten“.

Mit Beschluss vom 30. November 2011 hat der Magistrat zur Begleitung dieses Prozesses einen Projektstab eingerichtet, der unter anderem die Vorschläge der Magistratskanzlei aus der verwaltungsweiten Aufgabenüberprüfung vor einer Gremienbefassung (Magistrat, Personal- und Organisationsausschuss) bewerten und deren Umsetzung konkret festlegen soll. Mitglieder des Projektstabs sind der Oberbürgermeister, Frau Stadträtin Krein bzw. Herr Stadtrat Pletz, der Magistratsdirektor und ein(e) Vertreter/-in des Gesamtpersonalrats.

Im Rahmen der Aufgabenkritik ist nunmehr beabsichtigt, die Auswirkungen des Wegfalls der Tätigkeiten für das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide auf das Rechts- und Versicherungsamt einer Überprüfung zu unterziehen.

### **B Lösung**

Der Projektstab hat in seiner Sitzung am 25. Januar 2012 empfohlen, die Auswirkungen des Wegfalls der Tätigkeiten für das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide auf das Rechts- und Versicherungsamt zu prüfen. Dieser Prüfauftrag soll einer Projektgruppe übertragen werden, die aus je einem/einer Vertreter/-in der Magistratskanzlei (Federführung), der Stadtkämmerei und des Rechts- und Versicherungsamts besteht. Dem Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste, der Sprecherin der Frauenbeauftragten und der Gesamtvertrauensperson der Schwerbehinderten wird die Möglichkeit eingeräumt, sich mit je einem/einer Vertreter/-in an der Projektgruppenarbeit zu beteiligen.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen**

Zunächst keine.

Für eine Genderrelevanz bestehen keine Anhaltspunkte.

**E Beteiligung / Abstimmung**

Das Dezernat II wurde beteiligt.

Die Beteiligung der Mitbestimmung wird kurzfristig eingeleitet.

**F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Nicht geeignet / wird gewährleistet

**G Beschlussvorschlag**

Der Magistrat beschließt die Einrichtung einer Projektgruppe mit dem Auftrag, die Auswirkungen des Wegfalls der Tätigkeiten für das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide auf das Rechts- und Versicherungsamt zu prüfen. Ergebnisse werden bis Mai 2012 erwartet.

Die Projektgruppe besteht aus je einem/einer Vertreter/-in der Magistratskanzlei (Federführung), der Stadtkämmerei und des Rechts- und Versicherungsamts. Dem Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste, der Sprecherin der Frauenbeauftragten und der Gesamtvertrauensperson der Schwerbehinderten wird die Möglichkeit eingeräumt, sich mit je einem/einer Vertreter/-in an der Projektgruppenarbeit zu beteiligen.

Grantz  
Oberbürgermeister